

Reiches im gleichen Jahr, war die Intensität aller Bevölkerungsvorgänge im russischen Registrationsgebiet eine viel stärkere als im Deutschen Reich. Diese kommt naturgemäß in den Verhältnisziffern noch stärker zum Ausdruck als in den absoluten Zahlen. Es ergeben sich die größten Differenzen zwischen den Geburten- und Geburtenüberschubziffern beider Länder, indem die russische Geburtenziffer mit 42,5 das Doppelte und die russische Geburtenüberschubziffer mit 19,8 nahezu das Dreifache der entsprechenden deutschen Ziffern, nämlich 21,0 bzw. 7,1, erreicht. Diese Unterschiede, die sich in ähnlicher Weise auch beim Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern ergeben, sind dadurch bedingt, daß die russische Geburtenziffer im Jahre 1923 wieder stark in die Höhe stieg und die russische Sterbeziffer sich in ungewöhnlicher Weise verminderte, während in Deutschland und in den anderen westeuropäischen Ländern das Sinken der Sterbeziffer gleichzeitig mit einer starken Abnahme der Geburtenziffer einherging. In Anbetracht der veränderten Registration muß man allerdings mit der Möglichkeit rechnen, daß die russischen Sterbezahlen noch nicht vollständig sind; jedoch dürfte hierdurch der Geburtenüberschub kaum beeinflusst werden, da man in einem solchen Falle auch mit einer unvollständigen Registrierung der Geborenen rechnen müßte.

Aus den vollständigen Angaben der zentralen Gouvernements geht allerdings hervor, daß in der Tat überall einer hohen Geburtenziffer eine niedrige Sterbeziffer gegenübersteht; denn es betrug im Jahre 1923

in den Gouvernements	die Zahl der Lebendgeborenen auf je 1000 Einwohner	Gestorbene	mehr Geborene als Gestorbene
Stadt Moskau.....	30,5	14,7	15,8
Gouvernement Moskau	40,3	17,8	22,5
Wladimir	45,5	24,1	21,4
Kaluga	45,2	21,8	23,4
Jaroslau	34,2	17,8	16,4

Den Ziffern der Stadt Moskau kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie durchweg die untersten Grenzwerte des russischen Registrationsgebietes darstellen. Demgegenüber betragen die Maximalwerte der Geburtenziffer dreimal mehr als 50 (in den beiden sibirischen Gouvernements Altai und Nowo-Nikolajewsk 55,2 bzw. 54,3 und im Gouvernement Pensa 50,3), die der Sterbeziffer viermal mehr als 30 (Sjewero-Dwinsk 38,0, Altai 35,1, Syrjänengebiet 34,1 und Nowo-Nikolajewsk 32,2) und die der Geburtenüberschubziffer dreimal mehr als 25 (Grosnensk 27,2, Homel 27,1 und Smolensk 25,2). Die höchsten Sterbeziffern beschränkten sich demnach auf die nördlichen Gouvernements, wo bekanntlich die klimatischen Verhältnisse am ungünstigsten sind.

Wie die hohe Eheschließungs- und Geburtenüberschubziffer stehen die niedrige Geburten- und Sterbeziffer des Jahres 1923 in der Geschichte der russischen Bevölkerungsbewegung bisher vereinzelt da, wenn man von den abnormen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegsjahre bis zum Jahre 1922 absieht; denn die während der Jahre 1867-1912 erreichte Maximalziffer der Eheschließungen betrug 10,4 (1870-1872) und die des Geburtenüberschusses 18,7 (1904 und 1907), während das vor dem Kriege erreichte Minimum der Geburten- und Sterbeziffer die oben mitgeteilten Ziffern für das Jahr 1912 darstellen. Daraus darf man wohl schon jetzt folgern, daß die Bevölkerungsbewegung im neuen Rußland eine ökonomischere Tendenz als im alten Ruß-

land einzuschlagen beginnt, indem trotz niedrigerer Geburtenziffer jetzt ein höherer Geburtenüberschub erzielt wird. Man hat richtig erkannt, daß eine hohe Geburtenziffer zur Verelendung führen muß, wenn sie durch eine hohe Sterbeziffer erkauft wird, und hat demgemäß keine Mittel gescheut, um sowohl die hohe Sterbeziffer als auch deren Ursache, die zu hohe Geburtenziffer, herabzudrücken.

Damit ist auch Rußland in die Reihe der Länder getreten, die Bevölkerungspolitik treiben. Jedoch wie grundverschieden ist seine Politik gegenüber der der westeuropäischen Länder, deren Streben vor allem darauf gerichtet ist, die sinkende Geburtenziffer aufzuhalten und jeden Schwächling aufzupäppeln, während die russische Bevölkerungspolitik dahinzielt, solchen im Elend erzeugten Schwächlingen im vornherein den Lebensfaden abzuschneiden. Welche Politik die gesündere ist, dürfte die nahe Zukunft entscheiden, sobald die verschiedene Wirkung dieser gegensätzlichen Politik in Erscheinung treten wird.

Prof. Dr. Dobranitzki, Hamburg*):

Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion

Angesichts der Lage der Deutschen in der Sowjetunion, wo fast eine Million Deutscher nicht nur volle kulturelle Rechte, sondern auch Rechte der politischen Organisation besitzen, ist das Interesse begreiflich, das in Deutschland der Lösung des Nationalitätenproblems in der Sowjetunion entgegengebracht wird. Der Sowjetstaat bedeutet eine Wendung in der Nationalitätenpolitik großer Staaten. Keine Privilegien der Mehrheitsvölker und freie Entwicklung aller Nationalitäten im Staate unter Verzicht der Aufdrängung der Nationalität der herrschenden Nationen. Die inneren Motive der Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates gehen auf eine Umwälzung, die nur bei größter Anspannung aller Kräfte der im Staate lebenden arbeitenden Massen zustande kommen kann und die von einem Nationalitätenkampf geschwächt würden. Der Sowjetstaat vertritt auch den Standpunkt, daß jede nationale Kultur in ihrer Eigenart die Kultur der gesamten Menschheit bereichert. Deshalb fördert er die freie Entwicklung der nationalen Kulturen selbst der kleinsten Völkerschaften.

Im ganzen zählte man im zaristischen Rußland etwa 60 Nationalitäten, die durch Zwangsgewalt und List zu dem äußerlich mächtigen Reich zusammengeschmiedet wurden. Die Behandlung der Nationalitäten hing von ihrer Kulturstufe und ihrer Gefährlichkeit für den Zarismus ab. Völkerschaften, die noch keine Schrift hatten wurden in ihrer Unkultur zurückgehalten, ohne Schulen, ohne Schutz vor Dezimierung durch Alkohol und Syphilis. Große Völkerschaften wie Ukrainer, Polen, Armenier, Tataren u. a. m. wurden national unterdrückt (denationalisiert). Die Amtssprache war russisch, in den russischen Schulen wurden sogar Privatgespräche der Schüler in ihrer eigenen Sprache bestraft. Der nationale Haß wurde zu politischen Zwecken geschürt.

*) Nach einer Vorlesung an der Berliner Universität im Februar 1926 (verkürzte Wiedergabe).